
Ursachen und Folgen der Globalisierung

Rezension von: Hartmut Berg (Hrsg.),
Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen –
Formen – Konsequenzen, Schriften des
Vereins für Socialpolitik, Band 263,
Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1999,
206 Seiten, öS 686,-.

In diesem Buch werden die Referate der Jahrestagung 1998 des Wirtschafts-politischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik vorgelegt. Von den acht Beiträgen möchte ich zwei herausgreifen und beginne mit Wolf Schäfers "Globalisierung: Entmonopolisierung des Nationalen?".

"Globalisierung bedeutet Abbau von Marktsegmentierungen im Weltmaßstab. Sie impliziert eine zunehmende Vernetzung von Märkten und repräsentiert damit eine Entwicklung vom Zustand der geschlossenen über den der offenen Volkswirtschaften bis hin zur vollständig integrierten Weltwirtschaft. Als vollständig integriert läßt sich die Weltwirtschaft beschreiben, wenn die nationale und internationale Mobilität von Gütern und Produktionsfaktoren völlig ungehindert ist." (S. 9)

Mit dieser Definition beginnt Schäfer seine Ausführungen und führt dann weiter aus: "Die Globalisierung verändert die morphologische Struktur der Weltwirtschaft: vom Nebeneinander mehr oder minder geschlossener Systeme zur monopolistischen Systemkonkurrenz. Monopolistische Konkurrenz ist allgemein wohl – neben dem heterogenen Oligopol – die empirisch bedeutsamste Marktform der Weltwirtschaft geworden." (S. 10) Schäfer folgert weiter, daß die monopolistische Konkurrenz und somit die Globalisierung gegenüber dem Monopol-

fall abgeschlossener Nationalstaaten mit maximaler Regulierungskompetenz und exklusiver Durchsetzungsmacht in Bezug auf die von ihnen gesetzten Arrangements den Effekt einer Entmonopolisierung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik, also den Schwund an traditioneller Staatlichkeit bedeutet. In diesem Umfeld versuchen die Wirtschaftsakteure das passende Regulierungssystem zu finden – es kommt zu institutioneller Arbitrage. Setzt man den Gedanken fort, würden die Regulierungssysteme (Nationalstaaten) zu "optimalen" Zuständen konvergieren.

Nun ist aber eine solche arbitrageverursachte Harmonisierung keineswegs zwingend. Vielmehr kommt es aus zwei Gründen nicht dazu. Erstens unterscheiden sich die Präferenzen der internationalen Regulierungsnachfrager und zweitens kommt es nicht zu einem Regulierungsoptimum, sondern zu einem evolutionischen Prozeß, in dem die Regulierungsanbieter in den ihnen zur Verfügung stehenden Regulierungsfeldern kontinuierlich nach überlegenen Lösungen suchen. Ein solcher Innovationswettbewerb steht dem Ziel der Harmonisierung entgegen, schließt sie geradezu aus. "Aus dieser Sicht gibt es auch keine ökonomische Rechtfertigung für Ideen, den Systemwettbewerb durch politische Harmonisierungs- und Kooperationsabsprachen einzuschränken. Derartige Vorschläge, die vor allem in der politischen Arena populär sind und sich konkret auf die internationale Abstimmung z.B. von Wechselkursen und Zinsen, von Steuern, Umwelt- und Sozialstandards und anderen Reglements beziehen, sind, wenn sie als Konzeption einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" in einer globalisierten Welt bezeichnet werden, wohl eher als Versuch einer semantisch unverfänglichen Umschreibung eines politischen Kartells gegen den Systemwettbewerb zu interpretieren." (S. 13)

Nachdem Schäfer feststellt, "daß kein Land und keine Institution sich dem öko-

nomischen Gesetz des globalen Wettbewerbs dauerhaft entziehen kann, ohne selbst Schaden zu nehmen" (S. 13), beleuchtet er auch einige Gegenargumente. Er beginnt mit dem "*level playing field*", also dem Wettbewerbsfeld mit eingegebenen, gleichen institutionellen Bedingungen, die Wettbewerbsverzerrungen eliminieren. Hier hält Schäfer dagegen, daß institutionelle Regulierungen zu den immobilen Faktoren eines Landes gehören, Ausdruck unterschiedlicher länderspezifischer Faktorausstattungen und Präferenzen sind und daher komparative Vor- und Nachteile repräsentieren.

Auch die Befürchtung, daß sich im Systemwettbewerb die Regierungen gegenseitig im Regulierungsniveau so weit herunterkonkurrieren, daß sie das Optimum unterschreiten ("*race to the bottom*") oder im Extremfall die Regulierung sogar vollständig verschwindet ("*zero regulation*"), entkräftet Schäfer. Im weiteren betrachtet er "Löhne und Beschäftigung", wobei er zu dem Schluß kommt, daß "auch hier der Versuch der politischen Kartellierung gegen die internationale Konkurrenz einfacher Arbeit in Form von Mindestlohnstandards eine Arbeitsmarktprotektionierung darstellt, die – wie alle Defensivstrategien – wohlstandsmindernd wirkt". (S. 16) Daraus folgen drei Forderungen. Erstens kann sich nur langfristig behaupten, wer gut ausgebildet ist. Zweitens muß sich einfache Arbeit mit modernem Sach- und Humankapital verbinden, um seine Produktivität zu erhöhen. Drittens müssen sich Arbeitnehmer stärker am Produktionsvermögen der Unternehmen – insbesondere auch der internationalen – beteiligen, damit sie an der Mobilitätsrente des Kapitals partizipieren.

Der Beitrag von Norbert Berthold und Jörg Hilpert trägt den Titel "Sozialstandards unter globalem Druck: Erhalten, senken, erhöhen?" und setzt bei dem/der LeserIn zumindest Grundkenntnisse der Volkswirtschaftslehre voraus. Bereits in

der Einleitung wird man mit dem Heckscher-Ohlin-Samuelson-Modell und dem Stolper-Samuelson-Theorem konfrontiert. Es findet sich auch der Hinweis, daß die Sozialstandards eines Landes nicht ausschließlich durch die dort geltenden Löhne festgelegt sind. Mindestens drei Wege stehen immer offen, um einen anderen Sozialstandard als das Ausland durchzusetzen: Die Arbeitnehmer sind bereit, einen größeren Teil ihrer Entlohnung in Form sozialer Wohltaten zu erhalten; oder die Regierung finanziert den Standard über das allgemeine Steueraufkommen; oder eine Abwertung der heimischen Währung reduziert den Lohnkostennachteil gegenüber dem Ausland. (S. 128) Natürlich sind mit jeder Möglichkeit größere oder kleinere Probleme verbunden. Wichtig ist aber der Grundgedanke: Eine Gesellschaft kann sich das erwünschte Niveau des Sozialstandards "erkaufen".

Bei der Suche nach "sinnvollen Sozialstandards" verweisen die Autoren auf Adam Smith: Internationaler Handel ist deshalb vorteilhaft, weil er neue, im nationalen Rahmen nicht vorhandene Gelegenheiten zur Arbeitsteilung erschließt. Ziel des Außenhandels ist also letzten Endes die Allokation der vorhandenen Ressourcen in ihrer produktivsten Verwendung. Auf dieser Ebene ist zu untersuchen, wie sich der zunehmende Außenhandel auf die Sozialstandards eines Landes auswirkt. Es geht darum, welche allokativen Konsequenzen ein Sozialstandard hat. (S. 129) Anhand der "Diskriminierung" wird dargestellt, daß es sich hier um ökonomisch unsinnige Verhaltensweisen handelt. Daher sollte es aus allokativer Sicht selbstverständlich sein, daß jede Regierung, die im Interesse all ihrer Bürger handelt, diese Aktivitäten unterbindet. Gerade die Mindestnormen muß man deshalb nicht international festschreiben. Mehr noch: Diese Normen sollten sich in ansonsten einwandfrei funktionierenden Märkten selbst durchsetzen. Unsoziale Verhal-

tensweisen können stabil sein, wenn zugleich weitere Marktunvollkommenheiten auftreten. Je nachdem, welche Kombination von Mängeln auftritt, empfehlen sich also auch unterschiedliche Korrekturmaßnahmen. Ein schlichtes Verbot sozial unerwünschter Aktivitäten wird meist nicht durchsetzbar sein. (S. 131)

Die "Kern"-Sozialstandards sind allesamt gegen Marktunvollkommenheiten unterschiedlicher Art gerichtet. Negative externe Effekte, die eine Marktseite zu Lasten der anderen Marktseite oder der Gesellschaft insgesamt auslöst, können als verbindendes Element dieser marktlichen Mängel angesehen werden. Das Externalitätenkonzept ist ein brauchbares Hilfsmittel, um das Interesse einer Volkswirtschaft an effizienten Sozialstandards abstrakt darzustellen. Solange negative externe Effekte nicht mit Hilfe sozialpolitischer Regelungen internalisiert sind, besteht eine Lücke zwischen den privaten und den sozialen Grenzkos-

ten einer Aktivität. Aufgrund der auf die Gesellschaft abgewälzten Kosten fällt die privat hergestellte Menge zu groß und der Preis zu niedrig aus. Nach einigen theoretischen Überlegungen kommen die Autoren zu einem vorläufigen Fazit: Ein kleines Land sollte stets jene Sozialstandards verankern, die Marktunvollkommenheiten – hier pauschal als negative externe Effekte dargestellt – korrigieren. Außenhandel gefährdet diese Standards nicht, ganz im Gegenteil: Die potentiellen Gewinne des Außenhandels können nur bei effizienten Märkten im Inland völlig ausgeschöpft werden. (S. 135) Die Offenheit einer Volkswirtschaft hat nicht nur den Vorteil, daß auf Dauer ineffiziente Standards aufgegeben werden, sondern wirkt, über steigenden Wohlstand, positiv auf nationale Sozialstandards. Reichere Bürger wünschen sich höhere soziale Standards, und sie können dafür bezahlen.

Roland Marcon